



---

FDP-Fraktion | 27.02.2003 - 01:00

## **STADLER: Rechtsextremismus muss politisch aufgearbeitet werden, nicht juristisch**

BERLIN. Zu dem ARD-Bericht, dass das Bundesverfassungsgericht das NPD-Verbotsverfahren einstellen wird, erklärt der innenpolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Dr. Max STADLER:

Der Respekt vor dem Bundesverfassungsgericht verbietet es, auf Vorausmeldungen eine endgültige Kommentierung zu stützen. Dennoch darf seitens der FDP darauf verwiesen werden, dass gegen die Art und Weise, wie von den Antragstellern insbesondere die V-Mann Problematik behandelt worden ist, von uns wiederholt erhebliche rechtstaatliche Bedenken formuliert worden sind. Sollten sich diese Bedenken tatsächlich bestätigen, müsste zumindest die alte Forderung der FDP aufgegriffen werden, sich mit einer rechtsextremen Partei wie der NPD verstärkt politisch und nicht juristisch auseinanderzusetzen. Unabhängig vom endgültigen Verfahrensausgang bleibt vor allem die Aufklärung der Jugend über die Gefahren des Rechtsextremismus eine dauerhafte politische Aufgabe, auch wenn sich durch den Terrorismus aktuell neue Gefahrenmomente ergeben haben.

Isabella Pfaff - Telefon [030] 227-52388 - [pressestelle@fdp-bundestag.de](mailto:pressestelle@fdp-bundestag.de) [1]

---

**Quell-URL:** <https://www.liberale.de/content/stadler-rechtsextremismus-muss-politisch-aufgearbeitet-werden-nicht-juristisch#comment-0>

### **Links**

[1] <mailto:pressestelle@fdp-bundestag.de>